

Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung in Hünenberg

Montag, 11. Dezember 2006, 20.00 Uhr, im Saal «Heinrich von Hünenberg», unter dem Vorsitz von Gemeindepräsident Hans Gysin, Hünenberg

Anwesende Stimmberechtigte: 167 Personen
Protokollführer: Guido Wetli, Gemeindegeschreiber

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 19. Juni 2006
2. Budget für das Jahr 2007 und Festsetzung des Steuerfusses
3. Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2007 - 2011
4. Kreditbegehren für die Projektierung des Schulhauses Eichmatt
5. Kreditbegehren für die Sanierung der SBB-Überführung Dersbach
6. Kreditbegehren für einen öffentlichen Fussweg seeseitig der SBB-Linie im Dersbach
7. Kreditbegehren für die Restauration der Burgruine Hünenberg

Begrüssung

Gemeindepräsident Hans Gysin begrüsst im Namen des Gemeinderates zur heutigen Gemeindeversammlung. Er freue sich, dass so viele Hünenbergerinnen und Hünenberger zusammen mit dem Gemeinderat die wichtigen Geschäfte der heutigen Gemeindeversammlung beraten wollen. Weiter führt er aus, dass die Stimmberechtigten mit ihrer Anwesenheit ihr Interesse am Geschehen und an der Entwicklung der Gemeinde Hünenberg dokumentieren würden.

Vor der Behandlung der Traktanden macht der Vorsitzende noch folgende Mitteilungen:

- Per 30. November 2006 habe die Gemeinde Hünenberg total 8'294 Einwohnerinnen und Einwohner gezählt. Zur gleichen Zeit im Vorjahr seien 8'251 Personen angemeldet gewesen (4'251 Männer und 4'043 Frauen). Die Zunahme betrage somit nur 43 Personen (Vorjahr 120), so dass ein Wachstumsrückgang zu verzeichnen sei.

- Am vergangenen Mittwoch habe man zum ersten Mal in der Geschichte der Gemeinde Hünenberg einen Ständeratspräsidenten feiern können. Peter Bieri sei vor einer Woche mit einem glanzvollen Resultat das Mandat für das Jahr 2007 übertragen worden. Die ganze Gemeinde wünsche ihm dazu viel Kraft und Erfolg. Die Feier in Hünenberg sei ein tolles Erlebnis und ein voller Erfolg gewesen. Er danke im Namen des Gemeinderates der ganzen Bevölkerung und insbesondere allen, die zum guten Gelingen des Festes beigetragen haben.
- Die Präsentation der Geschäfte erfolge mit elektronischen Mitteln. Die Powerpoint-Präsentation sei von der Verwaltung und den EDV-Verantwortlichen der Schule nach Angaben des Gemeinderates erstellt worden. Um die Protokollierung zu vereinfachen, werde der Versammlungsablauf wiederum auf einen Tonträger aufgezeichnet. Dagegen hat die Versammlung nichts einzuwenden.

Mit diesen Bemerkungen erklärt der Vorsitzende die Versammlung als eröffnet. Einen speziellen Gruss richtet er an die erstmals an einer Gemeindeversammlung Teilnehmenden (Neuzugezogene, Jungbürgerinnen und Jungbürger sowie Gäste) und an den anwesenden Medienvertreter.

Der Vorsitzende stellt fest, dass die Stimmberechtigten durch dreimalige Amtsblattpublikation und Versand der Kurzfassung in alle Haushaltungen form- und fristgerecht zur heutigen Gemeindeversammlung eingeladen wurden. Ausserdem seien die Vorlagen im Internet veröffentlicht worden.

Der Vorsitzende erklärt die Versammlung für beschlussfähig. Er fordert nicht stimmberechtigte Personen auf, in der vordersten Reihe Platz zu nehmen. Mit dem Hinweis über die Stimmberechtigung geht er zu den Tagesgeschäften über.

Stimmzählerinnen/Stimmzähler

Auf Vorschlag von Vizepräsident Karl Steinauer werden - nachdem aus der Versammlung keine anderen Vorschläge eingehen - vier Personen als Stimmzählerinnen und Stimmzähler gewählt, wovon Franzsepp Odermatt, Gemeindeweibel, als Obmann.

Der Vorsitzende fordert die Stimmzählerin und Stimmzähler auf, die Anzahl der Stimmberechtigten in ihren jeweiligen Sektoren zu zählen und zu melden. Insgesamt sind 167 stimmberechtigte Personen anwesend.

Traktandenreihenfolge und Abstimmungsform

Die Versammlung ist mit der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Reihenfolge der Traktanden einverstanden. Die Traktandenliste ist somit genehmigt. Weiter wird dem Antrag des Vorsitzenden auf offene Abstimmungen statt gegeben.

Motionen/Interpellationen

Es wurden keine Motionen/Interpellationen eingereicht.

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls der Einwohnergemeindeversammlung vom 19. Juni 2006

Das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 19. Juni 2006 lag auf der Gemeindeverwaltung (Einwohnerkontrolle) zur Einsichtnahme auf. Das ausführliche Protokoll konnte zudem auf der gemeindlichen Homepage eingesehen bzw. abgerufen werden. In der ausführlichen Fassung der Vorlagen ist ein Kurzprotokoll enthalten. Einsprachen zum Protokoll sind keine eingegangen.

Der Vorsitzende erklärt, dass an der letzten Gemeindeversammlung der Kredit für Verkehrsberuhigungsmassnahmen auf der St. Wolfgangstrasse genehmigt worden sei. Im Nachhinein seien Unklarheiten entstanden, wo nun die Tempo-30-Zone beginnen solle. Nach Rücksprache mit der FDP, die an der Gemeindeversammlung einen entsprechenden Abänderungsantrag gestellt gehabt habe, werde die Signalisation aus Kostengründen an der nördlichen Einmündung des Rebenweges angebracht, dort wo heute bereits eine Strassenverengung bestehe. Aus dem Plenum erfolgen keine Wortmeldungen.

Anschliessend wird das Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 19. Juni 2006 einstimmig genehmigt und dem Ersteller, Gemeindeschreiber Guido Wetli, verdankt.

Traktandum 2

Budget für das Jahr 2007 und Festsetzung des Steuerfusses

Der Vorsitzende stellt das Budget 2007 vor. Das Budget sei wiederum vom Leitungsteam auf Grund der Vorgaben des Gemeinderates vorbereitet worden. Der Gemeinderat habe an insgesamt zwei Sitzungen das Budget beraten und die aus seiner Sicht noch möglichen Kürzungen vorgenommen. Dank der guten Einkommensentwicklung sei der Gemeinderat in der Lage, ein Budget mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 1'102'100.— zu präsentieren. Dem Budget sei ein Steuersatz von wie bisher 70 % abzüglich eines Rabattes von 4 % zu Grunde gelegt worden. Zudem erhalte die Gemeinde Hünenberg im kommenden Jahr keine Beiträge aus dem kantonalen Finanzausgleich mehr. Ohne die Gewährung des Rabattes müsste die Gemeinde als Folge des sehr guten Rechnungsabschlusses 2005 einen Betrag von Fr. 610'441.— in den kantonalen Finanzausgleich zurückbezahlen. Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass keine Steuersenkung vorgenommen werden sollte, bevor nicht die Fremdvverschuldung reduziert worden sei. Zudem zeige der Finanzplan auf, dass in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen zu tätigen seien. Die Gemeinden hätten sich ausserdem ab

2008 auch an den Kosten des nationalen Finanzausgleiches zu beteiligen. Trotz der positiven Entwicklung sei der Gemeinderat bestrebt, die Ausgaben tief zu halten und nach wie vor zu sparen. Er sei aber darauf angewiesen, dass ihm die Mitbürgerinnen und Mitbürger dabei helfen und zwar einerseits durch das Zurückstellen von Ansprüchen und andererseits durch Zurückhaltung bei Bundes- und Kantonsvorlagen, bei denen mit Ausgabensteigerungen oder Mindereinnahmen gerechnet werden muss.

Nach dieser Einführung stellt der Vorsitzende die wichtigsten Zahlen des Budgets mittels Powerpoint-Präsentation vor.

AA, Präsidentin der SP Hünenberg, fragt an, ob sich der Gemeinderat im Zusammenhang mit der budgetierten neuen Trefferanzeige auch Gedanken gemacht habe, ob es langfristig nicht günstiger wäre, die Schiessanlage mit anderen Gemeinden gemeinsam zu führen, so dass die eine oder andere Schiessanlage im Kanton Zug geschlossen werden könnte.

Sicherheitsvorsteher und Gemeinderat Karl Steinauer nimmt dazu Stellung. Auf der Schiessanlage im Choller würden heute schon Schiessvereine aus verschiedenen Gemeinden schießen. Man sei deshalb nicht mehr gross daran interessiert, weitere Gemeinden aufzunehmen. Denkbar wäre die Schiessanlage in Niederwil, wo bereits auch die Gemeinde Risch angeschlossen sei. Wenn man davon ausgehe, dass man für die Benützung der Schiessanlage in Niederwil gleichviel zahlen müsse wie die Gemeinde Risch, würde dies schon im ersten Jahr mehr kosten als wenn man die Trefferanzeiganlage in Hünenberg ersetzen würde. Zudem handle es sich beim Schiessstand in der Wart um den ältesten Schiessstand im Kanton Zug. Das Gebäude müsste deshalb wohl ohnehin bestehen bleiben. Deshalb wolle man dieses auch in seinem Zweck erhalten, nachdem mit der Nachbarschaft auch ein gutes Einvernehmen bestehe. Es sei somit nicht kostengünstiger, in einer anderen Gemeinde zu schießen. Zudem würde es sich um wiederkehrende Ausgaben handeln, was die Gemeinde somit wesentlich teurer zu stehen käme.

Nachdem das Wort aus der Versammlung nicht mehr gewünscht wird, nimmt BB, Präsident der Rechnungsprüfungskommission (RPK), zum Budget Stellung. Die RPK habe das Budget 2007 im Sinne der Vorschriften über den Gemeindehaushalt und das Rechnungswesen geprüft. Dabei werde mit einem Aufwand von Fr. 43'076'300.— und einem Ertrag von Fr. 44'178'400.— gerechnet, was zu einem Mehrertrag von Fr. 1'102'100.— führe. Gleichzeitig habe die RPK auch den Investitions- und Finanzplan zur Kenntnis genommen. Es seien im Jahr 2007 Nettoinvestitionen von Fr. 5'872'000.— vorgesehen. Die RPK beantrage, den Steuerfuss für 2007 mit 70 % des kantonalen Einheitsansatzes zu belassen und einen Rabatt von vier Einheiten zu gewähren. Gleichzeitig sei das vorliegende Budget 2007 zu genehmigen. Dem Gemeinderat, dem Finanzsekretär und den übrigen Angestellten der Gemeindeverwaltung dankt BB im Namen der RPK für die geleistete Arbeit.

In der Folge beschliessen die Stimmberechtigten einstimmig:

1. Der Steuerfuss für das Jahr 2007 wird mit 70 % des kantonalen Einheitsansatzes festgesetzt und es wird ein Rabatt von vier Einheiten gewährt.
2. Das vorliegende Budget für das Jahr 2007 wird genehmigt.

Traktandum 3

Investitions- und Finanzplan für die Jahre 2007 – 2011

Der Vorsitzende erklärt, dass der Finanzplan die mutmassliche Entwicklung der Gemeindefinanzen aufzeige. Als einzige fixe Grösse seien darin die bereits durch die Gemeindeversammlung bewilligten Kredite enthalten. Die geplanten Kredite seien Investitionen, die auf Grund der Entwicklung der Gemeinde in den nächsten Jahren notwendig würden. Die Beträge auf der Aufwand- und Ertragsseite seien ebenfalls auf die mutmassliche Entwicklung der Gemeinde abgestimmt. Zusätzlich habe der Gemeinderat bereits auf den nationalen Finanzausgleich, der ab 2008 wirksam werde, reagieren müssen. Gemäss Vorgaben des Kantons müsste Hünenberg die Steuern um acht Steuerprozent erhöhen, wobei ein Steuerprozent rund Fr. 400'000.— ausmache. Es sehe so aus, dass der Kanton - im Gegensatz zu den Gemeinden - nun ohne Steuererhöhung auskommen werde. Dies schmerze die Gemeinden, doch sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Trotz einiger neu in die Planung aufgenommener Investitionen seien diese gegenüber dem letztjährigen Finanzplan von Fr. 39.5 Mio auf Fr. 28.7 Mio zurückgegangen. Der Rückgang sei einerseits auf in der Zwischenzeit getätigte Landkäufe und weniger Investitionen bei Landkäufen sowie andererseits auf den vorgesehenen Baulandverkauf im Rony zurückzuführen. Trotz der zusätzlichen Ausgaben für den nationalen Finanzausgleich habe der Gemeinderat, entgegen des letztjährigen Finanzplans, auf die geplante Steuererhöhung verzichtet.

Die Finanzstrategie für die nächsten fünf Jahre könne bis auf die Eigenfinanzierung von 100 % eingehalten werden. Wegen des hohen Investitionsbedarfs in den nächsten Jahren, insbesondere bei den Schulhausbauten, werde es nicht möglich sein, einen Eigenfinanzierungsgrad von 100 % in dieser kurzen Zeitspanne zu erreichen. Dieser sollte über eine längere Zeit als fünf Jahre - zum Beispiel zehn Jahre - ausgewiesen werden können. Die Stadt Zug habe in ihrer Finanzstrategie im Übrigen einen Eigenfinanzierungsgrad von 70 % festgelegt. Der Gemeinderat sei zuversichtlich, dass sich dank der guten Wirtschaftsentwicklung auch die Ertragslage der Gemeinde weiter verbessern werde und somit das angestrebte Ziel der Eigenfinanzierung allenfalls trotzdem erreicht werden könne.

Der Vorsitzende stellt die wichtigsten Zahlen des Finanzplanes mittels Beamer-Präsentation vor. Zur Pro-Kopf-Verschuldung führt er aus, dass diese bis ins Jahr 2008 weiter rückläufig sein werde, dann aber wegen des geplanten Schulhausbaues wieder zunehme. Weiterhin gute Rechnungsabschlüsse würden sich jedoch positiv auf die Verschuldung auswirken, so dass grundsätzlich bessere Zahlen erwartet werden könnten. Im Jahr 2008 sei im Finanzplan der Verkauf des gemeindlichen Landes im Rony für rund Fr. 6 Mio. eingesetzt worden. Ohne diesen Verkauf wären die Nettoinvestitionen im Jahr 2008 etwa gleich hoch wie in den Jahren 2007 und 2009.

CC, ergreift als Vertreterin der SP Hünenberg das Wort und spricht den beabsichtigten Landverkauf im Rony an. Die SP interessiere sich, wie weit die Überlegungen bzw. die Planung für dieses Projekt schon fortgeschritten seien und möchte wissen, ob schon Verhandlungen mit Kaufinteressenten aufgenommen worden sind. Weiter fragt CC, ob der Gemeinderat daran denke, das Land einfach an den Meistbietenden zu verkaufen oder ob er auch einen Verkauf an eine Wohnbaugenossenschaft in Erwägung ziehe.

Der Vorsitzende erklärt, dass man das Thema und auch den Finanzplan in der Finanzkommission beraten habe. Man habe jedoch weder mit einer Gesellschaft noch mit einem anderen Investor Verhandlungen über den Verkauf des Landes geführt. Im Moment handle es sich einfach um eine Idee, um die Finanzstrategie einzuhalten. Er wehre sich dagegen, das Land einfach so zu verkaufen, wenn es nicht dringend notwendig sei. Die Krux bestehe darin, dass je früher das Land verkauft und überbaut werde, desto früher auch neue Familien nach Hünenberg ziehen und somit auch zusätzliche Schulräume geschaffen werden müssten. Eine baldige Überbauung dieses Grundstückes sei mit der Schulraumplanung Dorf wenig verträglich. Im Moment sei somit der Verkauf des gemeindeeigenen Landes nur eine Idee, um die Finanzstrategie möglichst genau einzuhalten. Die Finanzstrategie müsse aber jedes Jahr überarbeitet werden und er sei überzeugt, dass man schon im nächsten Jahr mit anderen Zahlen aufwarten könne. Es bestehe auch kein Gemeinderatsbeschluss über den Verkauf des Landes. Das Geschäft sei erst angedacht und der Verkauf wäre eine Möglichkeit, um den Eigenfinanzierungsgrad hoch zu halten. Im Übrigen sei man im Moment auch am Abklären, ob das Land allenfalls im Baurecht abgegeben werden könnte. Entschieden sei aber noch überhaupt nichts.

Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht wird, nehmen die Versammelten vom Investitions- und Finanzplan Kenntnis.

Traktandum 4

Kreditbegehren für die Projektierung des Schulhauses Eichmatt

Das Geschäft wird von Schulvorsteherin und Gemeinderätin Regula Hürlimann vorgestellt. Vor einem Jahr hätten die Stimmberechtigten der Gemeinden Cham und Hünenberg dem Kredit für den Projektwettbewerb des neuen Schulhauses Eichmatt zugestimmt. Das Ziel des Wettbewerbes sei gewesen, die bestmögliche architektonische, ökologische, betriebliche und wirtschaftliche Lösung zu finden und zugleich ein kompetentes Fachplanerteam zu bestimmen, welches das anspruchsvolle Projekt realisiere. Das Siegerprojekt «am Hang» sei aus 60 Projektvorschlägen von einer 16-köpfigen Fachjury ausgewählt worden. Das Projekt sei eines der günstigsten der eingereichten Arbeiten und könne im vorgegebenen Kostenrahmen von Fr. 28 Mio. (Fr. 14 Mio. für Hünenberg) realisiert werden. Mit dem vorliegenden Projekt könne der Minergie-P-Standard erreicht werden, so dass die Gemeinde in der Verwendung erneuerbarer Energien eine Vorbildfunktion einnehmen werde. Das Siegerprojekt stamme von einem Planungsteam unter der Leitung der Architekten Bünzli und Courvoisier aus Zürich. Der Entwurf des Siegerprojekts «am Hang» bestehe durch die präzise Setzung eines markanten

Baukörpers entlang der Hangkante und stärke dadurch die Grundidee des Entwicklungskonzepts Enikon-Eichmatt-Zythus. Die Planungskosten würden sich auf Fr. 2.2 Mio. belaufen. Heute Abend werde auch der Gemeinderat Cham an der Gemeindeversammlung den gleichen Kredit von Fr. 1.1 Mio. beantragen. Wenn sich beide Gemeinden für die gemeinsame Planung entschieden, könnten die Architekten sofort mit der Planung beginnen, um im Dezember 2007 den Baukredit vorzulegen. Sollte Cham wider Erwarten den Planungskredit ablehnen, müsste Hünenberg im Alleingang eine neue Version ausarbeiten und im März 2007 für ein angepasstes Kreditbegehren eine ausserordentliche Gemeindeversammlung einberufen. Zu sagen sei, dass Dank der gemeinsamen Nutzung verschiedener Räume, Sport- und Spielflächen rund ein Fünftel der Kosten gegenüber einem Alleingang gespart werden könne. Weiteres Synergiepotenzial liege im gemeinsamen Betrieb der Schulanlage. Sie bitte deshalb die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Projektierungskredit von Fr. 1.1 Mio. zu bewilligen.

DD, ergreift im Namen der SP Hünenberg das Wort und dankt dem Gemeinderat für das vorliegende Projekt. Vor allem dankt er allen, die sich für den Minergie-P-Standard eingesetzt haben. Damit setze man ein klares Zeichen und Hünenberg erhalte mit diesem Schulhaus ein weiteres hervorragendes Gebäude, das Schweiz weit Beachtung finden werde. Andere Gemeinden würden mit Neid auf Hünenberg schauen.

EE, wirft ein, dass es sich beim Siegerprojekt um eine «Fabrikhalle» handle, die rund 100 m lang sei. Im Übrigen könne er am Standort des Schulhauses keinen Hang ausmachen. Seiner Ansicht nach sei das Gebäude nicht sehr gut ins Gelände eingepasst worden. Er sei der Meinung, dass die Turnhalle vom übrigen Gebäude abgetrennt werden sollte. Damit wäre das Schulhaus nur noch rund 70 m lang. Die Turnhalle soll man im Bereich des vorgesehenen Sportplatzes errichten und zwar gleich als Dreifachturnhalle. Die Jugend werde es dem Gemeinderat danken. Und schliesslich gebe es in Hünenberg auch sehr viele Vereine und Anlässe.

FF, Präsident der FDP Hünenberg, führt aus, dass man jetzt möglichst zukunftsorientiert planen müsse. Die FDP möchte deshalb zwei zusätzliche Punkte einbringen. Zum einen soll das Schulhaus so geplant werden, dass eine spätere Aufstockung als Erweiterung der Schulräume möglich ist. Zum anderen glaube die FDP, dass man mittelfristig um eine Dreifachturnhalle im Seegebiet froh wäre. Deshalb sei in der Projektplanung vorzusehen, dass eine spätere Erweiterung zu möglichst günstigen Konditionen machbar wäre. Die FDP stelle zwar keinen Antrag, habe aber die Erwartung an das Projektteam, dass diese beiden Punkte miteinbezogen werden.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden erklärt auch EE, dass es sich bei seinem Votum nicht um einen Antrag, sondern um eine Empfehlung handelt.

Die Schulvorsteherin nimmt zu den Voten Stellung und erklärt, dass sie die Anregung für eine spätere Aufstockung des Gebäudes aufnehme. Eine Dreifachturnhalle sei im Moment - aber auch längerfristig - kein Thema. Aus Planungssicht würde dies heissen, dass ein ganz anderes Projekt ausgearbeitet werden müsste, denn drei Turnhallen an ein Schulhaus anzubauen, sei wahrscheinlich ziemlich unsinnig. Zudem müsste bei einer Dreifachturnhalle als Projekt einzeln gefahren werden und könne nicht als Nebengebäude zu einem Schulhaus gebaut wer-

den. Aus Planungssicht bestehe auch längerfristig kein Handlungsbedarf an einer Dreifachturnhalle. Wenn dem aber so wäre, müsste man sich fragen, ob eine Dreifachturnhalle in einem so dicht besiedelten Gebiet sinnvoll wäre. Es müsste ein Verkehrskonzept mit Parkplätzen etc. erarbeitet werden. Für das geplante Schulhaus brauche es dies jedoch nicht. Wollte man der Empfehlung für eine Dreifachturnhalle stattgeben, müsste man ein ganz neues Projekt ausarbeiten. Der Gemeinderat sei überzeugt vom vorliegenden Projekt, auch was die Hallennutzung betreffe. Hünenberg brauche eine Halle und für Cham sei lange nicht einmal sicher gewesen, ob sie ihre Halle überhaupt baue. Bekanntlich sei in Cham zurzeit eine Dreifachturnhalle im Bau. Sie glaube nicht, dass es realistisch wäre, jetzt in Kemmatten auch noch eine Dreifachturnhalle zu erstellen. Sie könne sich auch nicht vorstellen, dass in Zukunft drei Dreifachturnhallen für zwei Gemeinden nötig seien.

Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht wird, schreitet der Vorsitzende zur Abstimmung. Dabei beschliessen die Stimmberechtigten einstimmig:

1. Der Projektierung des Schulhauses Eichmatt wird zugestimmt und der Anteil der Gemeinde Hünenberg am Projektierungskredit von Fr. 1.1 Mio. bewilligt.
2. Vorbehalten bleibt die Zustimmung der Einwohnergemeindeversammlung der Gemeinde Cham zur anderen Hälfte des Projektierungskredites von ebenfalls Fr. 1.1 Mio. (*PS: Die Zustimmung ist ebenfalls erfolgt.*)

Traktandum 5

Kreditbegehren für die Sanierung der SBB-Überführung Dersbach

Das Geschäft wird von Bauvorsteher und Gemeinderat Erich Wenger vorgestellt. Er führt aus, dass die SBB-Überführung im Jahre 1967 erstellt worden sei. Seit 2001 sei eine Nutzlastbeschränkung auf 28 Tonnen signalisiert. Die Überführung befinde sich in einem mangelhaften Zustand. Deshalb sei eine Sanierung oder ein Neubau der Brücke unumgänglich. Der Gemeinderat habe sich nebst einer Sanierung, die Fr. 360'000.— koste, auch mit einem Neubau befasst. Ein solcher käme jedoch auf ca. Fr. 1.2 Mio. zu stehen, wobei die Traglast auf 40 Tonnen ausgerichtet werden müsste. Aus Kostengründen habe sich der Gemeinderat für eine Sanierung entschieden. Diese würde zusammen mit dem SBB-Doppelspurausbau im Jahre 2008 realisiert. Der Bauvorsteher erörtert die geplanten baulichen Massnahmen und legt Wert auf die Feststellung, dass auf der Südseite der Überführung das Randbord auf 1.5 m verbreitert werde und dieses damit als Trottoir benutzt werden könne. Nebst den Sanierungskosten von Fr. 360'000.— sei mit jährlichen Kapitalfolgekosten von Fr. 21'600.— zu rechnen.

Das Wort wird nicht gewünscht. In der Abstimmung beschliessen die Versammelten ebenfalls einstimmig:

1. Der Sanierung der SBB-Überführung Dersbach wird zugestimmt und hiefür ein Kredit von Fr. 360'000.— bewilligt.

2. Die Kreditsumme ist bei allfälligen Lohn- und Materialpreisänderungen in der Zeit zwischen der Erstellung des Kostenvoranschlages (August 2006) und der Ausführung des Bauvorhabens entsprechend anzupassen.

Traktandum 6

Kreditbegehren für einen öffentlichen Fussweg seeseitig der SBB-Linie im Dersbach

Die Vorlage wird von Sozialvorsteher und Gemeinderat Eric Frischknecht vorgestellt. Seit den Siebzigerjahren habe die Gemeinde auf den Grundstücken entlang der SBB-Linie zwischen der Unterführung beim Zythus und der SBB-Überführung Dersbach ein öffentliches Fusswegrecht. Jetzt gehe es darum, den Fussweg zu realisieren bzw. fertig zu stellen, weil der Zeitpunkt günstig sei. Der Weg könne nämlich im Zusammenhang mit den Arbeiten der SBB kostengünstig erstellt werden. Die SBB werde nächstes Jahr das Bahn-Trasseee doppelspurig ausbauen und zwar zwischen dem Bahnhof Cham und dem Gebiet Freudenberg in der Gemeinde Risch. Gleichzeitig würden Lärmschutzwände erstellt. Für diese Arbeiten müssten Transportpisten gebaut werden, die für den Bau des Fussweges benutzt werden könnten. Die bestehenden Wegstücke bei den Siedlungen Gartenhof und Seepark müssten versetzt werden. Dies werde auf Kosten der SBB gemacht. Auf den Parzellen, die noch keinen Fussweg haben, werde der Fussweg noch ohne Teerbelag, sondern nur als Kiesweg, realisiert. Wenn der Kredit genehmigt werde, erhalte das Quartier einen durchgehenden 2 m breiten Fussweg mit Beleuchtung von der Unterführung Zythus bis zur Überführung Dersbach. Dieser Weg werde eine gute Verbindung zu den Haltestellen Zythus und Chämleten und auch einen Schulweg ohne motorisierten Verkehr für die Kinder und Jugendlichen ermöglichen. Es habe einige Einsprachen zu dem Vorhaben gegeben. Die Gemeinde habe mit den Einsprechenden verhandelt und die Einsprachen hätten alle bereinigt werden können. In der Vorlage stehe noch, dass die Einsprachen «weitgehend» hätten bereinigt werden können. Aber heute Morgen habe er auf der Bauabteilung erfahren, dass letzte Woche alle noch offenen Punkte hätten geklärt werden können. Der Gemeinderat unterbreite ein Kreditbegehren für die Realisierung des Fussweges in der Höhe von Fr. 312'000.—.

Nachdem auch hier keine Wortmeldung erfolgt, beschliessen die Stimmberechtigten grossmehrheitlich mit einer Gegenstimme Folgendes:

1. Dem Bau des Fussweges auf der Seeseite der SBB-Linie zwischen der Unterführung Dersbachstrasse und der Überführung Dersbach wird zugestimmt und hiefür ein Kredit von Fr. 312'000.— bewilligt.
2. Die Kreditsumme ist bei allfälligen Lohn- und Materialpreisänderungen in der Zeit zwischen der Erstellung des Kostenvoranschlages (September 2006) und der Ausführung des Bauvorhabens entsprechend anzupassen.

Traktandum 7

Kreditbegehren für die Restauration der Burgruine Hünenberg

Sicherheitsvorsteher und Gemeinderat Karl Steinauer präsentiert die Vorlage. Die Burgruine sei in einem schlechten Zustand. Sie müsse dringend restauriert werden. Nebst der Gefahr des Zerfalles bestehe auch die Gefahr, dass vor allem beim Besteigen der Ruine Teile herausbrechen und Leute gefährden. Im laufenden Jahr seien archäologische Grabungen und Vorbereitungen für die Restauration vorgenommen worden. Die Burg Hünenberg sei Sitz des gleichnamigen Geschlechts von kyburgischen, später habsburgischen Dienstleuten gewesen, die im 12. und 14. Jahrhundert zur lokalen Führungsschicht gezählt hätten. Die Burg sei in mehreren Umbauten aus einer hochmittelalterlichen Anlage hervorgegangen, die in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts mit einem Turm bewehrt worden sei. Im Spätmittelalter habe die Burg rasch an Bedeutung verloren. Der Turm sei gemäss alten Ansichten Ende des 18. und im 19. Jahrhundert zerfallen. Die Burgruine sei von 1944 bis 1951 ausgegraben worden. Vorher sei von der Ruine nichts mehr zu sehen gewesen. Im Jahre 1962 seien erste Rekonstruktionen vorgenommen worden. 1988 sei der Zustand der Ruine noch sehr gut gewesen. Seither habe sich aber der Zerfall stark beschleunigt. Besonders zeigten sich bei den Mauern Ausbrüche. Der Sanierungsbedarf zeige sich in zweierlei Hinsicht: Einerseits zur Erhaltung der Burgruine und andererseits zum Schutze der Besucherinnen und Besucher. Die Bauabteilung Hünenberg habe im Zusammenhang mit der Restauration im Sommer 2005 eine Umfrage durchgeführt, wobei folgende Fragen gestellt worden seien:

- *Soll der Turm wieder aufgebaut werden?*
- *Soll an Stelle des Turmes ein Pavillon in die Ruine gestellt werden?*
- *Soll die Ruine erhalten bleiben wie sie ist?*

90 % der Antwortenden hätten sich für einen Wiederaufbau des Turmes ausgesprochen. Dieser hätte als Apéroraum oder Aussichtsturm genutzt werden können. Der Korporationsrat Hünenberg (Die Korporation Hünenberg ist Eigentümerin der Burgruine.) habe sich jedoch grossmehrheitlich gegen einen Ausbau entschieden. Mit diesem Entscheid seien die Ausbaupläne vom Tisch. Die Burgruine soll nun bloss restauriert werden. Gemäss § 34 des Denkmalschutzgesetzes würden Kanton und Gemeinden je gleich hohe Beiträge an Restaurierungen leisten. Diese würden je 35 % der Kosten betragen. 30 % gingen zu Lasten der Grundeigentümerin, der Korporation Hünenberg. Der Beitrag der Gemeinde betrage somit Fr. 184'800.—. Nicht inbegriffen in diesem Betrag seien Kosten für Wegweiser, Hinweisschilder, Feuerstelle etc., die im Zusammenhang mit der Sanierung erstellt werden sollen. Dafür sei ein Betrag von Fr. 5'200.— vorgesehen. Nebst den Kosten für die Restaurierung der Burg von insgesamt Fr. 190'000.— müsse mit jährlichen Kapitalfolgekosten von Fr. 11'400.— gerechnet werden.

Das Wort wird wiederum nicht gewünscht. Die Versammlung beschliesst einstimmig Folgendes:

1. Der Restauration der Burgruine Hünenberg (inkl. Informationstafeln etc.) wird zugestimmt und hiefür ein Kredit von Fr. 190'000.— bewilligt.

2. Die Kreditsumme ist bei allfälligen Lohn- und Materialpreisänderungen in der Zeit zwischen der Erstellung der Kostenschätzung (Dezember 2005) und der Ausführung des Bauvorhabens entsprechend anzupassen.

Verabschiedungen

Der Vorsitzende führt aus, dass am Ende einer Amtsperiode dem Gemeindepräsidenten die Aufgabe zufalle, die zurücktretenden Behörden- und Kommissionsmitglieder zu verabschieden. Er nimmt folgende persönliche Verabschiedungen vor:

Vizepräsident und Gemeinderat Karl Steinauer

Karl Steinauer habe während acht Jahren der Sicherheitsabteilung vorgestanden. In den letzten vier Jahren sei er sein Stellvertreter, Vizepräsident des Gemeinderates, gewesen.

Die Schwerpunkte in der Amtszeit von Karl Steinauer seien gewesen:

1. Der öffentliche Verkehr mit der Einführung der Stadtbahn 2004 und der damit verbundenen Fahrplangestaltung. Karl Steinauer habe sich mit Vehemenz für eine bessere Anbindung des Dorfes an den öffentlichen Verkehr eingesetzt.
2. Die Einführung der Tempo-30-Zonen in den Wohnquartieren sei ein Legislaturziel der Sicherheitsabteilung gewesen. Es sei Karl Steinauer gelungen, dieses nicht einfache Ziel vollumfänglich zu erreichen. Auch die anfänglich hohen Kosten seien erheblich unter den bewilligten Krediten geblieben.
3. Auch der Sechsspurausbau der Autobahn und die Umfahrung Cham-Hünenberg hätten die Sicherheitsabteilung und die Verkehrskommission in letzter Zeit sehr stark beansprucht und würden dies auch weiterhin tun. Hier werde sich Karl Steinauer über seine Amtszeit hinaus für die einzig richtige Lösung zum Schutz der Hünenberger Bevölkerung einsetzen. So werde er das Aktionskomitee gegen das Referendum präsidieren.
4. Die Probleme mit der Starkstromleitung, die im Bereich Sonnhalde das dortige Wohngebiet durchquere, sei ein weiterer harter Brocken gewesen, der viel Zeitaufwand erfordert habe.

Karl Steinauer habe diese grossen Belastungen getragen, ohne die Nerven zu verlieren. Die Zusammenarbeit im Rat sei immer sehr angenehm und positiv gewesen. In der achtjährigen Gemeinderatstätigkeit seien an ca. 320 Gemeinderatssitzungen rund 4'000 Traktanden behandelt worden. Als Dank und Anerkennung seiner grossen Verdienste wird Karl Steinauer die Hünenberger Wappenscheibe zusammen mit einem Blumenstrauss überreicht.

Gemeinderat Eric Frischknecht

Eric Frischknecht sei in seiner achtjährigen Amtszeit Vorsteher der Sozialabteilung gewesen. Nebst der Mitwirkung in zahlreichen kantonalen Arbeitsgruppen habe er eine turbulente Zeit in seinem Dikasterium erlebt:

1. Trotz der sich ständig verbessernden Wirtschaftslage hätten die Sozialaufgaben sehr stark zugenommen, was nur mit einem grossen Aufwand an Personal und Zeit zu bewerkstelligen gewesen sei. So habe in seiner Amtszeit der Personalbestand den neuen Gegebenheiten laufend angepasst werden müssen.
2. Der Neubau von Alterswohnungen im Chrüzacher, der im kommenden Jahr realisiert werden soll, habe grosses Verhandlungsgeschick mit den kantonalen Stellen und den weiteren Beteiligten erfordert. Eric Frischknecht habe sich mit Erfolg stets für das Wohl der Gemeinde und auch der künftigen Bewohnerinnen und Bewohner der Alterswohnungen eingesetzt.
3. Die Zusammenarbeit mit dem Altersheim und Pflegeheim Cham habe viel Ausdauer und Durchstehvermögen beansprucht.
4. In seiner Amtszeit seien insbesondere die Aktivitäten in der Jugendarbeit verstärkt worden. Diverse Projekte seien mit Erfolg durchgeführt und der Jugend neue Entfaltungsmöglichkeiten geboten worden (Musikprobelokale, Jugendcafé, Musikkonzerte usw.).
5. Die familienergänzende Kinderbetreuung erfreue sich einer grossen Beliebtheit und eines guten Rufes. Auch diese Sparte sei der Sozialabteilung angegliedert und von Eric Frischknecht bestens betreut worden.
6. Im letzten Jahr habe die vorgesehene kantonale Neuorganisation der Spitex die volle Aufmerksamkeit verlangt, sei es doch darum gegangen, für Hünenberg weiterhin eine effiziente Spitexversorgung sicherzustellen. Eric Frischknecht habe hier sehr gute Vorarbeiten geleistet. Der Prozess sei aber noch nicht abgeschlossen.

Auch Eric Frischknecht habe sein grosses Arbeitspensum stets mit Freude und grossem Sachverständnis gemeistert. Seine Gründlichkeit bezüglich Überprüfung der Gemeinderatsprotokolle hätten ihn - den Vorsitzenden - immer wieder beeindruckt. Auch Eric Frischknecht erhält als Dank und Anerkennung seiner Verdienste einen Blumenstrauss und ein Präsent, das er sich selber gewünscht hat: das Nutzungsrecht an drei Rebstöcken im Waadtland während zehn Jahren.

Die beiden abtretenden Gemeinderäte Karl Steinauer und Eric Frischknecht danken für die erhaltenen Präsente und verabschieden sich je mit einer kurzen Rede von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern.

Kantonsräte

Ebenfalls mit einem Präsent und dem besten Dank für ihre langjährige Tätigkeit im Kantonsrat als Vertretung der Gemeinde Hünenberg werden folgende Kantonsräte verabschiedet:

Louis Suter	12 Jahre
Bruno Briner	8 Jahre
Käty Hofer	8 Jahre

Renate Huwyler, Mitglied der Rechnungsprüfungskommission

Renate Huwyler war vier Jahre Mitglied der Rechnungsprüfungskommission. Infolge Kandidatur für den Gemeinderat stellte sie sich nicht mehr zur Wiederwahl. Bekanntlich wurde Renate Huwyler neu in den Gemeinderat gewählt. Als Dank für ihren Einsatz in der Rechnungsprüfungskommission erhält sie ein weihnächtliches Blumenbouquet.

Verschiedene Kommissionsmitglieder

Der Vorsitzende gibt die Rücktritte folgender Kommissionsmitglieder bekannt:

Leo Luthiger	Feuerschutzkommission	24 Jahre
Leo Burri	Betriebskommission Bootsstationierung	20 Jahre
Ursula Baggenstos	Stiftung für das Alter und Ersatz-Stimmenzählerin	17 Jahre 8 Jahre
Beth Weber	Kontrollstelle Stiftung für das Alter	17 Jahre
Käty Hofer	Grundstückgewinnsteuerkommission	12 Jahre
Brigitte Illi	Musikschulkommission	12 Jahre
Bruno Briner	Verkehrskommission	9 Jahre
Susi Sidler	Schulkommission	8 Jahre
Carlo von Ah	Arbeitsgruppe Wirtschaftspflege	8 Jahre
Marion Wirth	Freizeit- und Sportkommission	8 Jahre
Bruno Lussi	Schulkommission	7 Jahre
Jürg Büchler	Verkehrskommission	4 Jahre
Urs Mächler	Baukommission	4 Jahre
Fredy Tanner	Schulkommission	4 Jahre

Insgesamt haben diese 14 Personen über 160 Jahre Kommissionsarbeit geleistet. Der Vorsitzende dankt ihnen für ihren grossen Einsatz und weist darauf hin, dass die Verabschiedung in den jeweiligen Kommissionen bzw. Arbeitsgruppen erfolgen werde oder bereits erfolgt sei.

Orientierungen

Bezug der Attikawohnung durch das Bauamt

Der Vorsitzende teilt mit, dass durch die frühzeitige Kündigung des Mieters die Attikawohnung im Gemeindehaus frei geworden sei. Eigentlich sei vorgesehen gewesen, diese im Verlaufe des Sommers 2007 zu weiteren Büroräumlichkeiten für die Gemeindeverwaltung auszubauen. Um einen Leerstand zu vermeiden, habe der Gemeinderat beschlossen, den Umbau vorzuziehen. Die Bauabteilung werde demnächst die neuen Räume im Attikageschoss beziehen. Dadurch könne zum ersten Mal auch ein Büro für den Gemeinderat zur Verfügung gestellt werden.

Änderung der Postanschrift im Seegebiet

Der Vorsitzende informiert, dass der Gemeinderat beschlossen habe, die Postanschrift im Seegebiet in «6333 Hünenberg See» zu ändern und damit die Zugehörigkeit zur Gemeinde Hünenberg besser zum Ausdruck zu bringen. Mit dieser neuen Anschrift würden die Liegenschaften im Seegebiet seiner Meinung nach aufgewertet. Es handle sich um ein altes Anliegen des Gemeinderates und gehöre auch zu einem der Exekutivziele des Gemeinderates. Die Einführung der neuen Postanschrift sei auf Herbst 2008 vorgesehen. Im Frühling 2007 werde eine Orientierungsversammlung stattfinden. Zudem würden die betroffenen Personen persönlich angeschrieben.

Schluss

Der Vorsitzende dankt seiner Kollegin und seinen Kollegen im Gemeinderat sowie allen Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung unter der Leitung von Gemeindegemeindeführer Guido Wetli. Speziell dankt er auch dem gemeindlichen Bauamt für deren Einsatz unter anderem im Zusammenhang mit der Lichterkette und dem Unterhalt von Wegen und Plätzen. Weiter spricht er allen Mitgliedern von gemeindlichen Kommissionen und Arbeitsgruppen sowie all jenen seinen Dank aus, die sich in irgendeiner Funktion für die Gemeinde einsetzen. In seinen Dank schliesst er auch alle Vereine sowie Helferinnen und Helfer an gemeindlichen Anlässen ein. Insbesondere aber dankt der Vorsitzende allen Anwesenden für ihr Interesse am öffentlichen Geschehen während des ganzen Jahres und für die Teilnahme an der heutigen Gemeindeversammlung.

Der Vorsitzende lädt alle Anwesenden zum Apéro am Lichterweg vom Donnerstag, 14. Dezember 2006, ab 18.00 Uhr, auf dem Hubel sowie zum traditionellen Neujahrsapéro vom Montag, 1. Januar 2007, 11.00 Uhr, im Saal «Heinrich von Hünenberg» ein.

Zum Schluss wird den Anwesenden die brandneue Filmreportage über die Gemeinde Hünenberg vorgeführt. Sie dauert ca. 7 Minuten und ist auch auf der gemeindlichen Homepage aufgeschaltet. Danach wünscht der Vorsitzende frohe Festtage, gute Gesundheit und Wohlergehen sowie ein gutes neues Jahr und lädt alle noch zu einem Apéro ins Foyer ein.

Schluss der Einwohnergemeindeversammlung: 21.50 Uhr

Der Protokollführer:

Hünenberg, 28. Dezember 2006